

Inhaltsverzeichnis

<i>Bernhard Raschauer:</i> Gibt es noch Ordnungsprinzipien im Bankaufsichtsrecht? Eine Einleitung	7
<i>Christoph Seggermann / Gerald Resch:</i> Herausforderungen und Konsequenzen der neuen Europäischen Aufsichtsarchitektur	17
<i>Rainer Borns:</i> Perspektiven der Regulierung der Finanzmärkte	50
<i>Markus Dellinger:</i> Gesellschaftsrecht im Bankwesengesetz	66
<i>Alfred Lejsek:</i> Aufsichtsrecht nach der Krise – Krisenprävention und Krisenmanagement	83
<i>Roland Berger:</i> Aktuelles zur Krisenprävention	119
<i>Armin J. Kammel:</i> Das Investmentfondsrecht im Umbruch – UCITS, AIFM und andere Herausforderungen	134
Die Autoren.....	167

Gibt es noch Ordnungsprinzipien im Bankaufsichtsrecht?

Eine Einleitung

Bernhard Raschauer

I.

Das Bankaufsichtsrecht hat sich in den letzten Jahren rasant entwickelt, sowohl auf der österreichischen Ebene als auch auf der Ebene der Europäischen Union. Wenn man die Neuerungen näher betrachtet, die in immer kürzeren Intervallen beschlossen werden, kommt man freilich nicht um den Befund herum, dass die Maßnahmen immer punktueller, immer kasuistischer und immer unsystematischer geworden sind. Wir haben einen Punkt erreicht, an dem sich ernsthaft die Frage stellt, ob das Bankaufsichtsrecht noch ein einheitliches Rechtsgebiet ist, ob es eine Systematik erkennen lässt, ob es noch so etwas wie Grundprinzipien gibt. Dabei stehen wir erst am Vorabend der Umsetzung von Basel III.

Wenn sich ein Rechtsbereich, insb ein Bereich des Wirtschaftsrechts, entwickelt, ist es angebracht, beizeiten eine Zwischenbilanz zu ziehen. Diesem Zweck dient das an der Universität Wien abgehaltene Symposium. Ich bin allen Referenten dankbar, dass sie sich durch meine unorthodoxe Fragestellung nicht haben abschrecken lassen und bereit waren, ihre Perspektiven zu Zustand und Entwicklung des Bankaufsichtsrechts beizutragen.

II.

Werfen wir einen Blick auf das äußere Erscheinungsbild des Bankaufsichtsrechts.

Das alte österreichische KWG war zum einen eine umfassende kodifikatorische Regelung und zum anderen ein Hort der Stabilität gewesen. Das BWG dagegen wurde seit seiner Erlassung im Jahr 1993 mehr als sechzig Male geändert, allein im Jahr 2010 wurde es acht Male novelliert. Interpreten und Rechtsanwender sind stets froh, wenn ein neuer „Kodex“ herausgebracht wird, da dies ermöglicht, wenigstens ein paar Wochen lang einen aktuellen Gesetzestext in Händen zu halten.

Herausforderungen und Konsequenzen der neuen Europäischen Aufsichtsarchitektur

Christoph Seggermann / Gerald Resch

Inhaltsübersicht

Einleitung

1. Strukturen der neuen europäischen Aufsicht – das ESFS
 - 1.1. Die Bestandteile des ESFS
 - 1.1.1. Der Europäische Ausschuss für Systemrisiken
 - 1.1.2. Die europäischen Finanzaufsichtsbehörden
 - 1.1.3. Der Gemeinsame Ausschuss (Joint Committee)
 - 1.1.4. Netzwerk der nationalen Finanzmarktaufsichtsbehörden
 - 1.1.5. Struktur und Komplexität des europäischen Systems der Finanzmarktaufsicht
 - 1.2. Die Einbettung der ESAs in übergeordnete Strukturen
2. Kompetenzen der neuen Europäischen Finanzaufsichtsbehörden
 - 2.1. Die Kompetenzen der ESAs im Überblick
 - 2.2. Rechtsetzung
 - 2.2.1. Instrumente der Rechtsetzung
 - 2.2.1.1. Die technischen Standards
 - 2.2.1.2. Das neue Regime der Leitlinien und Empfehlungen
 - 2.2.2. Verfahren
 - 2.2.3. Inhaltlicher Ausblick
 - 2.3. Rechtswahrung bei Verletzung des Unionsrechts
 - 2.4. Streitschlichtung
 - 2.5. Maßnahmen in Krisenfällen
 - 2.6. Rechtsbehelfe
 - 2.7. Sonstige Kompetenzen
3. Das Zusammenspiel von neuem und altem Recht am Beispiel der Aufsichtskollegien
4. Schlussfolgerungen und Ausblick

Perspektiven der Regulierung der Finanzmärkte

Rainer Borns

Inhaltsübersicht

1. Einleitung
2. Thesen für die Entwicklung des Aufsichtsrechts
 - These 1: Komplexität bringt rechtsstaatliche Herausforderungen für das Aufsichtsrecht
 - These 2: Größe der Volkswirtschaft ist Basis für Systemstabilität
 - These 3: Struktur des Bankwesens entscheidet über den Erfolg aufsichtsrechtlicher Ziele
 - These 4: Nationales Recht begrenzt die Wirkungen des Aufsichtsrechts
 - These 5: Aufsichtsrecht hat Wechselwirkungen mit der Realwirtschaft
 - These 6: Verhältnis von Rechnungswesen und Aufsicht
 - These 7: Differenziertere Straßenverkehrsordnung für „lebenswerte“ Finanzräume
 - These 8: Entkoppelung der Aufsichtsgesetze von den Rating-Agenturen
 - These 9: Stabile Eigentümer von Banken zur Stabilisierung der Finanzmärkte
 - These 10: Schließen der Freiräume für Schattenbanking
3. Zusammenfassung

1. Einleitung

Die Verwerfungen an den Finanzmärkten – von „Lehman Brothers“ bis zur aktuellen Schuldenkrise einiger EU-Mitgliedstaaten – haben neben umfangreichen regulatorischen Umwälzungen (Basel III, Einlagensicherung, Anlegerentschädigung, Krisenmanagement) zu Änderungen sowohl in der Struktur der Aufsichtsbehörden [1] als auch in der prinzipiellen Zielsetzung der Bankenaufsicht geführt. Neben dem Aufsichtsziel des

[1] Durch die VO (EU) Nr 1093/2010, Nr 1094/2010 und Nr 1095/2010 des EP und des Rates vom 24.11.2010 wurden die EU-Aufsichtsbehörden, nämlich die Europäische Bankenaufsichtsbehörde (EBA), die Europäische Aufsichtsbehörde für das Versicherungswesen und die betriebliche Altersvorsorge (EIOPA) und die Europäische Wertpapieraufsichtsbehörde (ESMA) errichtet. Vgl dazu *Lehmann/Manger-Nestler*, ZBB 2011, 2; *N. Raschauer*, ZFR 2011, 198.

Gesellschaftsrecht im Bankwesengesetz

Markus Dellinger

Inhaltsübersicht

1. Einleitung
2. CRD IV und erhöhte Corporate Governance-Anforderungen an Kreditinstitute
 - 2.1. Risikoausschuss und dualistisches System
 - 2.2. Allgemeine Voraussetzungen für Organmitglieder und Mandatszahlbeschränkung
 - 2.3. Diversität
3. Neue Anforderungen an Eigenmittel
 - 3.1. Was das Gesellschaftsrecht vom Bankaufsichtsrecht lernen könnte
 - 3.2. Stammaktie als Leitbild und Ausschluss jeglicher Bevorzugung
 - 3.3. Fehlen einer Ausnahme für das normale Bankgeschäft
4. Eigentümerbestimmungen und KI-Gruppen: Beachtung von Liquiditätsregeln nur auf Gruppenebene, wenn Liquidität fließen darf
5. Schlussbemerkung

1. Einleitung

Das Bankwesengesetz (BWG) gilt als spezielle Gewerbeordnung der Banken. Es hat vor allem volkswirtschaftliche Zielsetzungen. So heißt es etwa in § 69, die Finanzmarktaufsicht habe die Kreditinstitute zu überwachen und dabei „auf das volkswirtschaftliche Interesse an einem funktionsfähigen Bankwesen und an der Finanzmarktstabilität Bedacht zu nehmen.“ Um diese bankaufsichtlichen Ziele der Funktionsfähigkeit des Bankwesens und der Finanzmarktstabilität zu erreichen, setzt der Gesetzgeber national und auch auf europäischer Ebene in zunehmendem Maße auf gesellschaftsrechtliche Mittel.

Es gibt deshalb im BWG eine ständig wachsende Gruppe von Normen, die man unter der Bezeichnung „**gesteigerte Corporate Governance-**

Die Vortragsform wurde beibehalten und dementsprechend auf einen wissenschaftlichen Apparat verzichtet.

Aufsichtsrecht nach der Krise – Krisenprävention und Krisenmanagement

Alfred Lejsek

Inhaltsübersicht

1. Das Entstehen der Finanzkrise
2. War Europa auf die Krise vorbereitet?
3. Multilaterale Initiativen nach der Krise
 - 3.1. G20-Gruppe
 - 3.2. Vorhaben der Europäischen Union
4. Konzept der Europäischen Aufsicht
 - 4.1. Consolidating Supervisor
 - 4.2. Drei-Säulen-Konzept der Europäischen Aufsicht
 - 4.2.1. European Systemic Risk Board
 - 4.2.2. European System of Financial Supervision
 - 4.2.3. „Single European Rulebook“
5. Krisenmanagement
 - 5.1. Staatsinterventionen und Beihilfenkontrolle
 - 5.2. Indirekter Gläubigerschutz
 - 5.2.1. Aufsichtsnormen Basel III – CRR / CRD IV
 - 5.2.2. Maßnahmen zur Verbesserung der Corporate Governance
 - 5.2.3. Rating-Agenturen
 - 5.3. Maßnahmen des unmittelbaren Krisenmanagements
 - 5.3.1. Bankensanierung – Bankenabwicklung
 - 5.3.2. Stabilitätsabgabe – Europäische Dimension
 - 5.4. Direkter Gläubigerschutz
 - 5.4.1. Einlagensicherungs-RL
 - 5.4.2. Novellierung der Anlegerschutz-RL
6. Aufsichtsanforderungen im Spannungsfeld der Marktentwicklungen

1. Das Entstehen der Finanzkrise

Die Krise des Finanzsektors beschäftigt uns – sieht man von wenigen, kurz andauernden Erholungsphasen ab – bereits seit Sommer 2007, somit

Aktuelles zur Krisenprävention

Roland Berger

Inhaltsübersicht

1. Quantitativer Rückblick
2. Spannungsverhältnis Bankaufsicht – Legalitätsprinzip
 - 2.1. Gefährdung von Gläubigerinteressen
 - 2.2. Frühwarnsystem der Einlagensicherungseinrichtungen
 - 2.3. Säule II – SREP
 - 2.4. EU-weite Stabilität des Finanzsystems
 - 2.5. EU-Konvergenz der Aufsichtsmaßnahmen
 - 2.6. Gefährdung der Finanz- und Solvabilitätslage
 - 2.7. EU-Konsultationspapier „Recovery“ und „Resolution“ von Kreditinstituten
 - 2.7.1. Recovery
 - 2.7.1.1. Bewertung von Recovery-Plänen
 - 2.7.1.2. Genehmigung gruppeninterner finanzieller Unterstützung
 - 2.7.1.3. Verlangen nach gruppeninterner finanzieller Unterstützung
 - 2.7.1.4. Frühes Eingreifen
 - 2.7.2. Resolution
 - 2.8. Entwicklungslinien

1. Quantitativer Rückblick

Das Bankaufsichtsrecht ist in den letzten 30 Jahren quantitativ explodiert. Hatte das KWG 79 noch 37 Paragraphen, ist das BWG 93 in Umsetzung der EU-Richtlinien (die wiederum Basel I implementiert haben) schon auf 197 Paragraphen sprunghaft gestiegen, um schließlich 2006 in Umsetzung der Basel II einführenden EU-CRD-Richtlinie – zusammen mit der Solvabilitätsverordnung – auf über 370 Paragraphen zu explodieren. In etwas mehr als 25 Jahren hat sich die Anzahl der Paragraphen verzehnfacht (!). Die laut Plan im Jahr 2012 auf uns zukommende

Das Investmentfondsrecht im Umbruch – UCITS, AIFM und andere Herausforderungen

Armin J. Kammel

Inhaltsübersicht

1. Einleitung
2. Spezifische Regulierung für das Investmentfondsgeschäft
 - 2.1. Allgemeines
 - 2.2. Das OGAW-Rahmenwerk
 - 2.2.1. Die Grundlagen
 - 2.2.2. UCITS IV – eine neue grenzüberschreitende Dimension
 - 2.2.3. UCITS V
 - 2.3. Das AIFM-Rahmenwerk
 - 2.3.1. Grundsätzliches
 - 2.3.2. Materielles zum AIFM-Rahmenwerk
 - 2.3.2.1. Anwendungsbereich
 - 2.3.2.2. Zulassung
 - 2.3.2.3. Organisatorische Aspekte
 - 2.3.2.4. Aspekte für Retail-Produkte
 - 2.3.3. Strategische Herausforderungen aufgrund des AIFM-Rahmenwerks
3. „Ausstrahlende“ Regulierungen für das Investmentfondsgeschäft
 - 3.1. Allgemeines
 - 3.2. PRIPs-Initiative und MiFID
 - 3.3. European Market Infrastructure Regulation (EMIR)
 - 3.4. Finanztransaktionssteuer
4. Regulatorische „Spill-Over“-Effekte für das Investmentfondsgeschäft
 - 4.1. Allgemeines
 - 4.2. Basel-Rahmenwerk (Basel III)
 - 4.3. Solvency II
5. Ausländische Gesetzgebung und nationale Initiativen
 - 5.1. Allgemeines
 - 5.2. FATCA
 - 5.3. Nationale Leerverkaufsverbote
6. Ausblick